WP-06-168 Ein Land der Vielfalt

Antragsteller*in: BUNTGRÜN NRW
Beschlussdatum: 30.10.2026

Änderungsantrag zu WP-06

Von Zeile 167 bis 168 einfügen:
im digitalen Raum. Wir setzen das Handlungskonzept gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus konsequent weiter um.

Antiziganismus ist eine eigenständige, tief verwurzelte Form des Rassismus, die sich gegen Sinti*zze und Rom*nja sowie gegen Menschen richtet, die als solche wahrgenommen werden. Er zeigt sich in gesellschaftlichen Vorurteilen, Ausgrenzung und Gewalt ebenso wie in struktureller Diskriminierung, etwa im Bildungswesen, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt oder im Kontakt mit staatlichen Einrichtungen. Dem treten wir entschieden entgegen.
Wir wollen die Dokumentations- und Informationsstelle für Antiziganismus/Antiromaismus in Nordrhein-Westfalen (DINA NRW) langfristig finanziell absichern und ihre wissenschaftlich fundierte Dokumentations- und Analysearbeit stärken. Ihre Erkenntnisse sollen gezielt in politische Maßnahmen gegen Antiziganismus einfließen. Gemeinsam mit Selbstorganisationen bauen wir niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene aus und stärken antiziganismuskritische Bildung und Sensibilisierung in Schulen, Hochschulen, Verwaltung, Polizei und Justiz. Insbesondere institutionelle Diskriminierung wollen wir konsequent abbauen.

Begründung

Antiziganismus ist bis heute gesellschaftlich und institutionell wirksam. Die Auswertung von DINA NRW dokumentiert für das Jahr 2025 insgesamt 83 gemeldete antiziganistische Vorfälle in Nordrhein-Westfalen und verdeutlicht unter anderem Diskriminierungserfahrungen in Behörden und Bildungseinrichtungen. Der gemeinsame Jahresbericht der NRW-Meldestellen formuliert deshalb konkrete Handlungsempfehlungen, darunter die langfristige Absicherung unabhängiger Meldestrukturen, die Sensibilisierung staatlicher Einrichtungen und die Stärkung des Diskriminierungsschutzes.

Die Bekämpfung von Antiziganismus erfordert neben der Anerkennung historischer Verantwortung konkrete Maßnahmen für Prävention, Beratung, politische Bildung und den Abbau institutioneller Diskriminierung. Bestehende Strukturen in Nordrhein-Westfalen müssen hierfür langfristig gesichert und ihre Erkenntnisse stärker in politisches Handeln übersetzt werden.